

Weltchronik

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot**

Band (Jahr): **274 (2001)**

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Weltchronik

(vom 16. Mai 1999 bis 25. Mai 2000)

Auf noch unabsehbare Zeit wird die Welt nun im Zeichen der Vorherrschaft der Vereinigten Staaten leben. Nachdem die vormals mit ihnen rivalisierende Sowjetunion vor einem Jahrzehnt überraschend plötzlich von der Weltbühne verschwunden ist und das Machtgefüge ihrer in Osteuropa vorgelegerten Satellitenstaaten, zusammen mit einigen peripheren Gliedern der UdSSR, in Form von selbstständigen Nationalstaaten zerbröckelt ist, gehört die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Zweipolarität der Weltmächte nunmehr unwiderruflich der Geschichte an. Ein gleichmächtiger Nachfolger der Sowjetunion hat sich nirgends auch nur in Ansätzen gezeigt. Zwar machen sich im Innern des grössten Brockens des untergegangenen Imperiums, in der Russischen Föderation, da und dort noch immer einige nostalgische imperiale Ambitionen bemerkbar. Trotzdem ist nicht anzunehmen, dass der territoriale und bevölkerungsmässige Koloss Russland, auch nach Überwindung der durch den radikalen Umbruch herbeigeführten politischen, wirtschaftlichen und strukturellen Verwirrung und nach erfolgreichen Reformen, wieder auch nur annähernd das Machtpotential zu konzentrieren vermag, wie es die Sowjetunion für den Rest der Welt so bedrohlich erscheinen liess.

Für die *Vereinigten Staaten* hat sich daraus eine völlig neue und bislang ungewohnte Situation ergeben. Diese macht unvermeidlich ganz andere Zielsetzungen mit einschneidenden Gewichtsverlagerungen in Aussenpolitik und militärischem Bereich notwendig. Ganz unverkennbar ist, dass das Hauptinteresse der amerikanischen Regierung sich von der europäischen Szene in den pazifischen und ostasiatischen Raum verschoben hat. Allerdings sind die Bemühungen um eine Stabilisierung der Konfliktherde im Nahen und Mittleren Osten nicht aufgegeben worden. Es ist indessen bisher nicht gelungen, die *Interessengegensätze zwischen Israel und den Arabern* – und namentlich den Palästinensern – auszugleichen und in der nach wie vor explosiven Region eine verlässliche Friedensordnung herbeizuführen. Der diplomatische Versuch, *Syrien* zu



Adolf Ogi
Bundespräsident für das Jahr 2000
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

versöhnen, ist an der Weigerung Israels, die besetzten Golan-Höhen gegen ein Sicherheitspand zu räumen, gescheitert. Zwar konnte die amerikanische Diplomatie mit dem ungleich flexibleren Nachfolger des israelischen Premiers Netanyahu, Ehud Barak, in der jahrzehntelangen Auseinandersetzung mit den Palästinensern eine spürbare Entkrampfung bewirken; aber wichtige Streitpunkte wie die Modalitäten eines unabhängigen palästinensi-

schen Staates, der Status von Jerusalem, die jüdischen Siedlungskerne in Cisjordanien und die Verbindung zum Gazastreifen sind ungelöst geblieben. Fast erstaunlich ist, dass es gelungen ist, die israelische Besetzung der südlichen Grenzregion in *Libanon* rückgängig zu machen; freilich besteht auch so keine Garantie vor provokativen terroristischen Übergriffen und israelischen Repressalien.

Die harte Haltung der USA gegenüber dem Regime von Saddam Hussein – von Grossbritannien, aber nicht von Frankreich und Russland sekundiert – ist unter Clinton aufrecht erhalten worden, wenn man von einigen Konzessionen hinsichtlich von Ölexporten *Iraks* zur Finanzierung von Importen von Lebensmitteln und Medikamenten aus humanitären Gründen absieht.

Clinton liess es sich angelegen sein, nach neu aufgeflamten Kriegshandlungen in *Kaschmir* und nach einem Militärputsch in *Pakistan* in New Delhi und Islamabad eine persönliche Aufwartung zu machen, um den beiden immer sprungbereiten Atommächten auf dem indischen Subkontinent ins Gewissen zu reden. Auch hier ist es fraglich, ob die Druckmittel der Weltmacht USA wirksam genug sind, um die Rolle des selbsternannten «Weltpolizisten» erfolgreich zu spielen.

Gänzlich erfolglos erschienen die indirekten Interventionen Amerikas, vor allem unter der Flagge der UNO, auf dem afrikanischen Kontinent, wo manche Länder in Chaos und Blut versinken. Nach dem in der amerikanischen Öffentlichkeit unvergessenen Debakel in Somalia und den Bombenattentaten auf die amerikanischen Botschaften in Nairobi und Daressalam konzentrierten die USA sich auf die Abwehr und wenn möglich Ausmerzungen des auf dem schwarzen Kontinent und im Nahen und Mittleren Osten gegen ihre Präsenz gerichteten Terrorismus. Dieser wird immer mehr nicht von irgendwelchen staatlichen Geheimdiensten, sondern von privaten Gruppierungen und fanatischen Einzelpersonen geplant und in Szene gesetzt. Auch weiterhin wird eine systematische Sanktionspolitik gegen die neuerdings so genannten «Schur-

kenstaaten» (Libyen, Afghanistan, Irak, Iran etc.) aufrecht erhalten. Die amerikanischen Sanktionen mit Wirtschaftsboykotten sind aber insofern fragwürdig, als sie das Hauptziel, die Veränderung der internen Machtverhältnisse in den betreffenden Ländern, nicht zu erzielen vermögen, aber andererseits die betreffende Bevölkerung, und vor allem die unteren Schichten, existenziell schädigen.

Der langen Liste wenig erfolgreicher aussenpolitischer Zielsetzungen der Weltmacht USA in der Ära Clinton stehen aber auch einige bemerkenswerte Erfolge gegenüber. So hat Clinton gegenüber der dank der Abkehr von der einengenden Planwirtschaft in wirtschaftlicher Beziehung stark aufstrebenden *Volksrepublik China* mit nie erlahmender Zielstrebigkeit eine konsequente Politik der Öffnung betrieben. Diese gipfelte letzten Endes darin, dass China nun in den Genuss eines ständig gleichbleibenden Handelsstatus gelangen soll, der die bisher bloss von Jahr zu Jahr festgelegten restriktiven Bedingungen ablöst. Dem Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO) ist die amerikanische Regierung, allen parlamentarischen Widerständen zum Trotz, ebenfalls günstig gesinnt. Man hofft, dass die Einbindung Chinas in einen liberalisierten, aber geregelten Welthandel schliesslich einen heilsamen Einfluss auf die Respektierung der Menschenrechte, auf die Ausbildung des Rechtsstaates, ja sogar auf die Herbeiführung demokratischer Strukturen haben wird. Diese optimistische Erwartung wird allerdings von vielen Politikern nicht geteilt.

Seit der Rückgewinnung von *Hongkong* und der am Jahreswechsel erfolgten Wiedereingliederung der portugiesischen Kolonie *Macao* hat China, von einigen demonstrativen Gesten um Taiwan abgesehen, seine Aggressivität gezügelt. Nicht aufgegeben worden ist aber der Anspruch auf *Taiwan*, das von Peking als integraler Bestandteil Chinas betrachtet wird. Aber bisher war die Reaktion seitens der Amerikaner auf aggressive Akte gegen Taiwan immer prompt. Auch nachdem in den Wahlen in Taiwan im März das Regime der Kuomin-

tang-Partei nach 50 Jahren durch die Demokratische Fortschrittspartei abgelöst worden ist, haben die USA zu erkennen gegeben, dass sie den Inselstaat nicht fallen zu lassen gedenken. Der neue Präsident in Taipeh, Chen Shui-bian, verzichtet vorläufig auf eine formelle Unabhängigkeitserklärung, sodass die Fiktion der Zugehörigkeit zu China aufrecht erhalten bleiben kann; im Fall eines Angriffs seitens von China will er aber unverzüglich die Unabhängigkeit erklären, sei es mit, sei es ohne Einwilligung der USA. Diese Eventualität könnte die Situation vor Ort für Washington unverzüglich von Grund auf verändern.

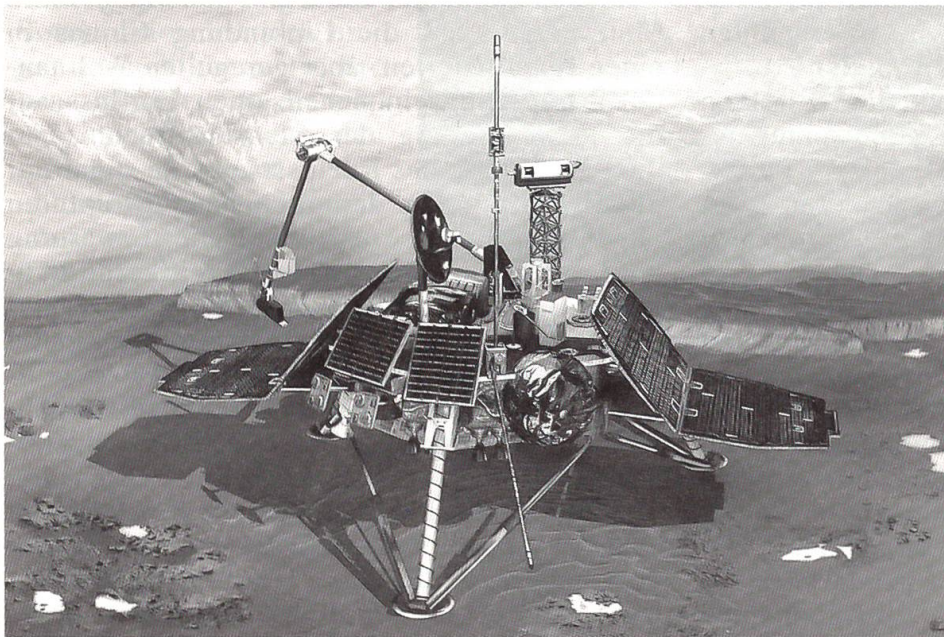
Natürlich ist auch den Amerikanern nicht verborgen geblieben, dass die Volksrepublik China in den letzten Jahren dank der Einführung von marktwirtschaftlichen Elementen ein beispiellos hohes Wirtschaftswachstum ausweist. Aber andererseits ist das politische Machtmonopol der kommunistischen Partei nicht gelockert worden und mithin kein Schritt in Richtung auf Reformen demokratischen Charakters festzustellen. Und bezeichnenderweise wurde das Militärbudget stark aufge-

stockt! Auf der anderen Seite hat sich im vergangenen Jahr Peking ziemlich genau an seine Zusagen in Bezug auf die Verwaltungsautonomie für Hongkong nach der Formel «ein Land – zwei Systeme» gehalten. Das ist immerhin ein Indiz dafür, dass die Machthaber in Peking der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und der Hebung des Lebensstandards des immer noch grossenteils in bitterer Armut lebenden Milliardenvolkes den Vorrang vor machtpolitischen Abenteuern und gewaltsamer Expansion einräumen. Bei allen Gegensätzen hinsichtlich der in Amerika und in China vorherrschenden Wertvorstellungen dürfte mit einer akuten Krise in den politischen Beziehungen zwischen den beiden Mächten diesseits und jenseits des Pazifischen Ozeans vorderhand nicht zu rechnen sein.

Was schliesslich die Beziehungen zwischen den USA und *Japan* und *Korea* betrifft, so war die Politik unter Clinton unerschütterlich auf die Erhaltung des Status quo und auf Stabilität in der Region ausgerichtet. Dafür wird eine starke militärische Präsenz Amerikas in beiden Staaten als unerlässliche Friedensabsicherung betrachtet.

Zum ersten Mal ist eine Annäherung zwischen den beiden verfeindeten Teilstaaten auf der Koreanischen Halbinsel zu verzeichnen; die Kontakte gipfelten zunächst in einem ersten Treffen der Staatsoberhäupter von Süd- und Nordkorea.

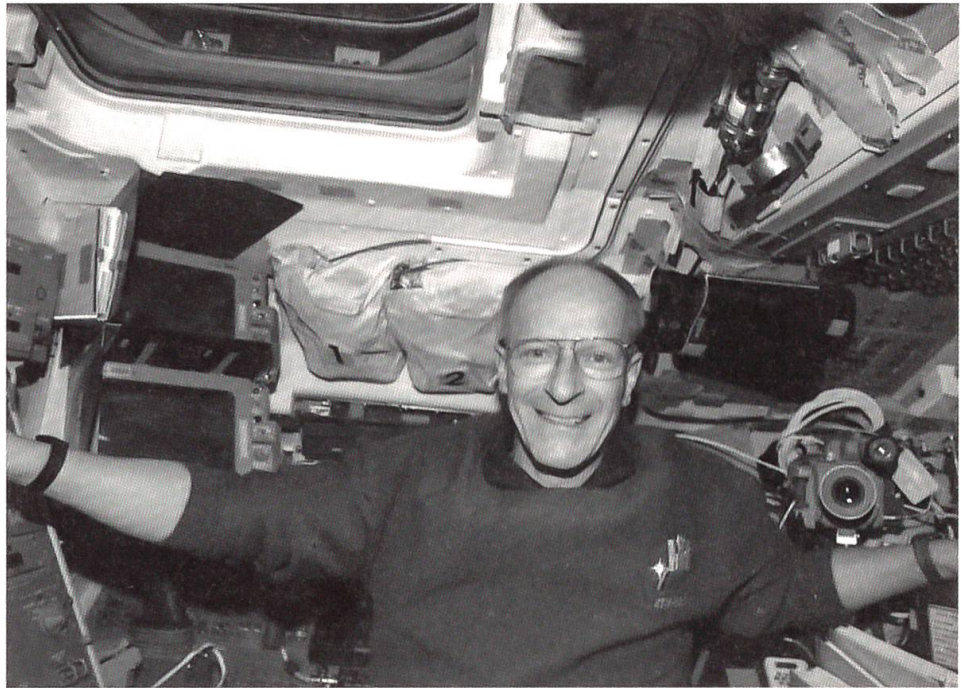
Das Interesse der USA an den politischen Verhältnissen und Entwicklungen in *Mittel- und Südamerika* ist in Washington nach wie vor gross, obwohl hier die vormals da und dort zum Ausdruck gekommenen Bedrohungen durch den Welt-



Mars Polar Lander, von dem aus während 90 Tagen die Atmosphäre am Südpol des Mars erkundet wurde
(Foto: Keystone, Zürich)

kommunismus keine Abwehrreflexe mehr nähren. Es zeigt sich eine gegenüber vorher veränderte Zielsetzung der amerikanischen Einflussnahme: Jetzt wird uneingeschränkt die Respektierung der Menschenrechte gefordert und die Stärkung von demokratischen Strukturen unterstützt, nachdem vorher etwa auch Militärregierungen und wenig zimperliche, reaktionäre Diktaturen als das geringere Übel toleriert (oder sogar gesponsert) worden waren. Als erratischer Block der Konfrontation mit den vormaligen Herren im Kreml ist im Hinterhof der Vereinigten Staaten einzig noch *Kuba* übrig geblieben. Es befindet sich heute stranguliert in einer Quarantäne.

Das Hauptproblem der USA mit dieser Region ist längst die andersartige Bedrohung durch die nicht versiegende Erzeugung von Drogen und den weltweit verzweigten Drogenhandel geworden, der auch der Korruption und dem international vernetzten organisierten Verbrechen Vorschub leistet. Ein anderes, im politischen Verhältnis zu Iberoamerika ungelöstes Problem der USA ist die fortdauernde und massive illegale Einwanderung von «Hispanos». Dabei steht die Attraktivität der USA als Arbeitsplatz und «Wohlstandsparadies» in einem merkwürdigen Gegensatz zur Antipathie, die von vielen «Hispanos» gegenüber der Kultur und Mentalität der geringschätzig als «Gringos» bezeichneten Nordamerikaner an den Tag gelegt wird. Dadurch wird auch die Assimilation der vielen Spanisch sprechenden Einwanderer erschwert bzw. verhindert.



Der Schweizer Astronaut Claude Nicollier im Mitteldeck des Space Shuttle Discovery, von dem aus Reparaturen im Weltall durchgeführt wurden (Foto: Keystone, Zürich)

Um das von jeher problematische psychologische Verhältnis zu den Mittel- und Südamerikanern zu verbessern, hat Washington im Übrigen u. a. bereits im Jahre 1977 mit der Republik Panama vereinbart, die Verwaltung des *Panamakanals*, dieses Mahnmals des amerikanischen Imperialismus seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts, an Panama zu übertragen. Aber 1989, als die Amerikaner dem den Drogenhandel unterstützenden Präsidenten von Panama, Noriega, das Handwerk legen wollten, kam es zu einer militärischen Intervention, die blutig verlaufen ist. Nun haben die USA am 1. Januar 2000 gemäss dem Vertrag von 1977 auf die seinerzeit verbrieft «ewige Kontrolle» über den Kanal verzichtet! Der Panamakanal erspart den Handelsschiffen von der Ost- zur Westküste Amerikas einen Umweg von immerhin 15 000 km um die Südspitze des Kontinents. Überdies hat er den USA an dieser zentralen Stelle einen ständigen Militärstützpunkt von grosser strategischer Bedeutung ermöglicht. In Bezug auf die Sicherheit der künftigen Benutzung dieser

Wasserstrasse sind freilich nicht alle Bedenken vollständig ausgeräumt worden; aber beim Entschluss für die Rückgabe fielen gewiss die Einsparung von jährlichen Subventionen in der Höhe von ca. 400 Mio. Dollar sowie auch die Tatsache ins Gewicht, dass moderne Supertanker wegen ihrer Grösse den Kanal nicht durchqueren können. Ferner hat die heute sehr viel geringere Bedeutung von Kriegsschiffen ihrerseits den militärischen Nutzen dieser Verbindung vermindert. Andererseits ist die Republik Panama wegen der anfallenden Transitgebühren an der Offenhaltung und am effizienten Betrieb und Unterhalt dieser Wasserstrasse für Handels- und Passagierschiffe natürlich sehr interessiert.

Die amerikanische Aussenpolitik hat im Zeitalter der Vorherrschaft der USA auf der Weltbühne im Hinblick auf das Verhältnis zu *Europa* eine tiefgreifende Veränderung zu Wege gebracht, die am deutlichsten in einer einseitigen Ausrichtung der *NATO* zu Gunsten von politischen Absichten der USA zum Ausdruck kommt. Wer angenommen hat, dass die im Frühjahr 1949 von zwölf westeuropäischen Staaten im Verein mit Amerika aus der Taufe gehobene Allianz zur kollektiven Abwehr möglicher Angriffe von jenseits des «Eisernen Vorhangs» durch den Zusammenbruch der Sowjetmacht ihre eigentliche *Raison d'être* eingebüsst habe (und dementsprechend liquidiert werden könnte), der sah sich bald eines anderen belehrt. Die *NATO* hat nicht nur diese Existenzkrise überlebt, sondern sie hat die kollektive Selbstverteidigung nach Art. 51 der UNO-Charta auch nach Wegfall einer potenziellen Bedrohung aus dem Osten in die Ära nach dem Kalten Krieg hinübergerettet. Allerdings wurde als «Friedensdividende» die Truppenstärke in Europa auf nur noch 16 Divisionen reduziert, und es wurde ein «Eurokorps» mit Truppen aus Belgien, Deutschland, Spanien und Frankreich aufgestellt. Bedeutsam ist, dass die *NATO* insofern umorientiert wurde, als nunmehr als Zweck so

genannte Friedensoperationen in den Vordergrund rücken.

Damit Hand in Hand ging die Absicht, die *NATO* auf die dem sowjetischen Joch entsprungenen, ehemaligen Satellitenstaaten auszudehnen. In der Tat sind im Dezember 1997 bereits Polen, Ungarn und die Tschechei in die Allianz aufgenommen worden. Diese Länder erwarten davon unter Berufung auf den ursprünglichen Verteidigungspakt der *NATO* eine Absicherung gegen eventuell doch wieder aufkeimende Expansionsabsichten Russlands. Sie wollen damit auch ihre traditionelle Zugehörigkeit zum Abendland bekräftigen. Weitere östliche Länder als potenzielle Kandidaten der Allianz mussten in den Wartesaal verwiesen werden, weil seitens von Moskau unmissverständlich zum Ausdruck gebracht wurde, dass eine Ausdehnung der *NATO* bis an die heutigen Grenzen von Russland nicht akzeptabel sei. Um die Beziehungen zu dem in einem schwierigen innenpolitischen und wirtschaftlichen Umbruch befindlichen Russland nicht über Gebühr zu belasten, blieb die *NATO* auf jetzt 19 Staaten beschränkt.

Gleichzeitig wurde indes eine sich auf friedensfördernde und -erhaltende Massnahmen ausgerichtete, etwas unklar definierte «Partnerschaft für den Frieden» ins Leben gerufen, in welcher notabene auch Russland die Mitwirkung ermöglicht wurde. An dem vom 23. bis 25. April in Washington veranstalteten «Jubiläumsgipfel» der *NATO* wurde dann aber gewissermassen die amerikanische Katze aus dem Sack gelassen: ein neuartiges strategisches Konzept nach einem Streit zwischen den USA und den europäischen *NATO*-Mitgliedern über die völkerrechtliche Grundlage von *NATO*-Interventionen ausserhalb des Bereichs der Allianz. Es kam zu einem Kompromiss, wonach die *NATO* die Autorität des Sicherheitsrats der UNO anerkennt – aber bezeichnenderweise mit Ausnahmen! Die Ziele der *NATO* sollen sein: *die Prävention von Konflikten, das Krisenmanagement sowie militärische Operationen zur Kriegsverhinderung*; ausserdem soll die *NATO* die Initiative ergreifen zur Verhinderung der Verbreitung von

Atomwaffen und anderen Massenvernichtungsmitteln und sich der Bekämpfung des Terrorismus widmen.

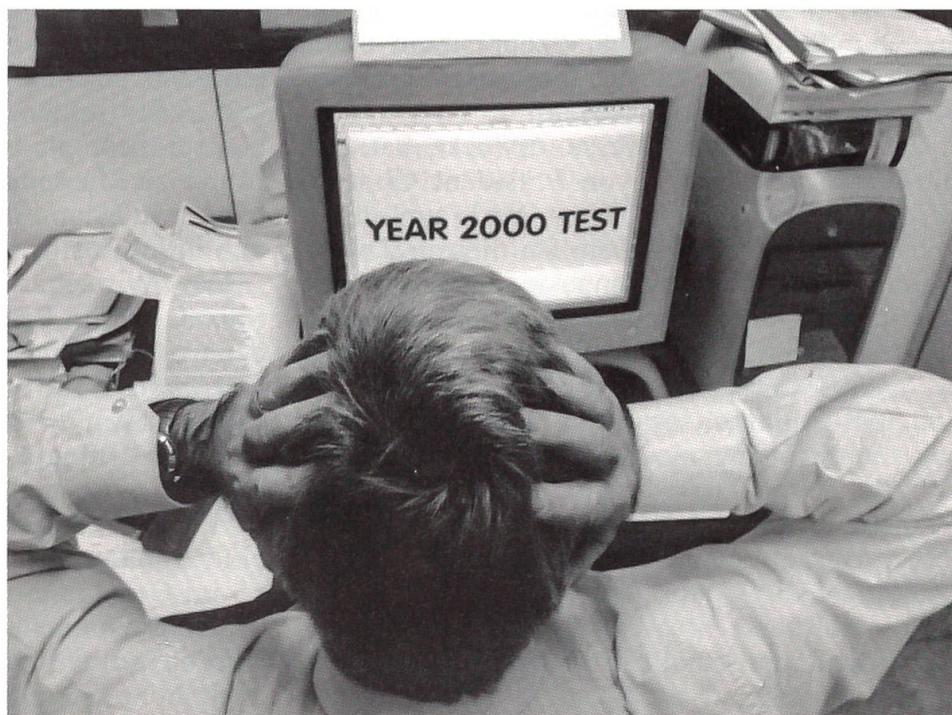
Kaum war diese wahrhaft revolutionäre Zweckänderung der NATO, hauptsächlich auf Betreiben der USA, unter Dach, folgte die praktische Anwendung in der nach den Verhandlungen von Rambouillet damals anscheinend ausweglos gewordenen *Kosovo-Krise!* In der Tat eröffnete die NATO – notabene ohne Ermächtigung durch die UNO – am 24. März 1999 mit Bombenangriffen auf Ziele in Serbien und in der Provinz Kosovo einen Luftkrieg gegen Jugoslawien mit über 1000 Kampfflugzeugen, von denen 770 amerikanische Insignien trugen und von amerikanischen Militärpiloten gesteuert wurden. Nach grossen Zerstörungen und auch zivilen Opfern kam es schliesslich auf Grund eines Abkommens vom 9. Juni in Kumanovo (Mazedonien) zur Einstellung des Luftkriegs und zum Versuch der Sicherung des internen Friedens durch eine von NATO-Mitgliedern rekrutierte Friedenstruppe von 50 000 Mann (sog. KFOR) mit fünf Besatzungszonen.

Praktisch ist heute Kosovo ein Protektorat der UNO unter einem von ihr eingesetzten Administrator (Kouchner). Die vor Beginn der Intervention erklärte Befriedung der sich bekämpfenden albanischen und serbischen Bevölkerungsteile ist allerdings nicht geglückt; eine deutlich feststellbare Änderung ist ironischerweise, dass jetzt die albanische Mehrheit die serbische Minderheit drangsaliert statt wie vordem umgekehrt.

Nicht abzusehen ist, was geschehen wird,

wenn die NATO sich einmal zurückzieht. Jugoslawien hat nämlich nie auf die Souveränität über Kosovo verzichtet! Es ist zu befürchten, dass dann alsbald der frühere Zustand mit militärischen Mitteln wieder hergestellt wird. Kann nicht *Albanien*, um seinen Volksangehörigen in Kosovo zu Hilfe zu eilen, in einen Krieg mit Serbien verwickelt werden? Dies könnte einen «Dritten Balkankrieg» mit unabsehbarer Teilnehmerschaft zur Folge haben!

Wie will die NATO, die sich unter amerikanischer Ägide von der Unterordnung unter die UNO emanzipiert hat, mit solchen Eventualitäten – wie sie übrigens auch immer noch in Bosnien-Herzegowina lauern – fertig werden? Und was wird geschehen, wenn die Ersatzlösung von friedenssichernden Interventionen durch die NATO im Falle und an Stelle einer umständehalber nicht handelsfähigen UNO anderswo ausserhalb des Gebiets der Allianz willkürlich praktiziert wird? Soll die NATO etwa auch für die Friedenssicherung in Tschetschenien, in Georgien, im Nahen Osten heran-



Nicht eingetroffen: der befürchtete Millenniumsabsturz elektronischer Systeme
(Foto: Keystone, Zürich)

gezogen werden? Angesichts solcher beängstigender Perspektiven ist es reichlich paradox und erstaunlich, dass am 19. Mai an einer Konferenz in Wilna die Aussenminister von Litauen, Lettland, Estland, Slowenien, der Slowakei, Rumänien, Bulgarien, Albanien und Mazedonien eine Erklärung unterzeichnet haben, mit der diese Länder bis in zwei Jahren eine Einladung zu Beitrittsverhandlungen mit der NATO fordern.

Nach dem unter amerikanischer Dominanz zusammengefügtten weltpolitischen Panorama der Gegenwart wenden wir uns ausgewählten Ereignissen und Entwicklungen auf nationaler Ebene zu. In den USA steht in diesem Herbst eine Präsidentenwahl bevor. Die im Vorfeld dieser bedeutungsvollen Wahl üblichen Primärwahlen haben bereits zu einer Bezeichnung der dieses Rennen bestreitenden Kandidaten geführt. Seitens der Republikaner steht der Gouverneur von Texas, George W. Bush, Sohn des vormaligen Präsidenten gleichen Namens, in der Arena, während als Kandidat der Demokraten sich der Vizepräsident unter Clinton, Al Gore, bewirbt. Der Ausgang dieser Wahl ist noch unvorhersehbar.

Grosses Medieninteresse erweckt hat der Entschluss der Gattin von Präsident Clinton, Hillary, sich im Staat New York um einen Senatorensitz zu bewerben. Zu diesem Zweck ist sie in diesen Staat umgesiedelt. Als «Südstaatlerin» – ihre Heimat ist Arkansas – wurden ihrem Entschluss, im Norden eine eigene politische Karriere aufzubauen, trotz ihrem hohen Bekanntheitsgrad als First Lady, keine grossen Erfolgchancen zugetraut. Durch den plötzlichen Rücktritt des in einen Skandal verwickelten und in seiner Gesundheit angegriffenen Bürgermeisters von New York, Rudy Giuliani, ihres aussichtsreichsten Rivalen, sind inzwischen ihre Chancen sehr viel besser geworden. Unverhältnismässig grosses Medieninteresse hat auch das Schicksal eines kubanischen Jungen hervorgerufen, der auf der Flucht übers Meer von Kuba nach Miami



Der neue starke Mann im Kreml:
Präsident Wladimir Putin
(Foto: Keystone, Zürich)

aus Seenot gerettet worden ist. Ein Seilziehen um die Rechtsfrage, ob der Knabe in den Vereinigten Staaten als Flüchtling verbleiben solle oder seinem Vater in Kuba zurückzugeben sei, bewegte wochenlang die Gemüter und führte zu Massendemonstrationen von Exilkubanern in Miami und zu polemischen Attacken von Fidel Castro in Havanna.

Das Wirtschaftswachstum der Vereinigten Staaten hat im Berichtsjahr ungebrochen ange-dauert. Es wirkt gewissermassen auch als Lokomotive für die Konjunktorentwicklung in Europa. Am 7. Februar konnte Präsident Clinton zum dritten aufeinanderfolgenden Mal ein Budget mit einem massiven Überschuss präsentieren, nämlich 184 Mrd. Dollar im Plus, eine Zunahme um 4%. Die Frage stellt sich, ob im Gefolge einer Serie von «fetten Jahren» in der Staatsrechnung alte Schulden abgebaut werden sollen. Nicht nur niedrige, sondern auch hohe Steuereinnahmen werden offenbar zum Problem! Werden Letztere zu einer Absenkung der Steuerlasten verwendet, so

rufen die zusätzlich in Umlauf gelangenden Gelder einer inflationären Entwicklung. Um das wieder sichtbar werdende Inflationsgespenst zu bannen, hat der einmal mehr in seinem Amt bestätigte Leiter der Notenbank, Greenspan, im Berichtsjahr mit einer mehrmaligen Erhöhung des Zinssatzes als Bremser operiert.

Sorgen bereiten auch die fortwährend steigenden Börsenkurse an der Wall Street; vor allem die Technologie-Aktien haben einen Stand erreicht, der von den meisten Analysten als gefährliche Übertreibung betrachtet wird. Trotz einiger Korrekturen ist aber beim bisher am längsten anhaltenden Höhenflug noch kein schmerzhafter Crash in Sicht gekommen. Ob die über die amerikanische Firmenwelt hereingebrochene Fusionswelle ein gutes oder schlechtes Omen für die Zukunft darstellt, ist umstritten. Manche der gigantischen Firmenzusammenschlüsse sind Trugbilder, und viele erhoffte Vorteile werden durch nicht vorausgesehene Nachteile zunichte gemacht. Immerhin ist die amerikanische Monopolbehörde mit ihren Anstrengungen zur Aufrechterhaltung des Wettbewerbs (Antitrust) nicht untätig geblieben, was sich beispielsweise in horrenden Bussen für unzulässige Preisabsprachen und in noch dramatischerer Form etwa im richterlichen Vorgehen gegen die Ausnützung einer Monopolstellung am Markt (Microsoft) zeigt.

Russland: Der stetige Kräftezerfall des ersten gewählten Präsidenten des nachsowjetischen Russland wies schon in der ersten Hälfte des Jahres darauf hin, dass mit einer weiteren Kandidatur von Jelzin nicht zu rechnen war. Dieser sträubte sich indessen dagegen, vor dem Ende seiner Amtszeit zurückzutreten. Aber sein schwer geschwächter Zustand äusserte sich immer mehr in verlängerter Abwesenheit und in abrupten Änderungen seiner Regierungsentscheidungen. In immer kürzeren Intervallen setzte er von ihm berufene Premierminister plötzlich wieder ab, um sie durch andere Persönlichkeiten zu ersetzen; so hat Jelzin Mitte Mai 1999, im Zeitraum von wenig mehr als einem Jahr, nicht

weniger als dreimal seinen Regierungschef mit einem Ukas ausgewechselt. Der als Nachfolger von Primakow ernannte Stepaschin wurde von ihm schon drei Monate nach dessen Amtseinsetzung wieder in die Wüste geschickt. Dieses befremdende Marionettenspiel kam ebenso plötzlich am 9. August zu einem Ende, indem Jelzin abrupt einen in der Öffentlichkeit völlig unbekanntem ehemaligen Agenten des Geheimdienstes KGB, Wladimir Putin, an die Spitze der Regierung stellte.

Es wurde bald klar, dass es sich bei dieser Nomination nun um den von Jelzin lange gesuchten, designierten Nachfolger im Amt des Staatspräsidenten handeln sollte! Nach den Parlamentswahlen vom 19. Dezember, welche zwar abermals die Kommunisten als stärkste Partei in der Duma bestätigten, aber einer Koalition von gemässigten Parteien die Mehrheit verliehen, kündigte Jelzin für die ganze Welt überraschend am Jahreswechsel seinen eigenen Rücktritt und die Einsetzung von Putin als interimistischen Staatspräsidenten bis zu den im Frühjahr fälligen Präsidentschaftswahlen an. Aus diesen ging dann Putin schon im ersten Wahlgang als Sieger hervor. Der bisherige Finanzminister, Kasjanow, wurde von diesem am 7. Mai unverzüglich zum neuen Premierminister ernannt.

Der meteorhafte Aufstieg Putins hängt paradoxerweise mit dem Wiederaufflackern des Konflikts in *Tschetschenien* eng zusammen. Trotz der peinlichen Niederlage der russischen Interventionstruppen im Kaukasus war den aufständischen Tschetschenen die Unabhängigkeit vorenthalten geblieben. Deshalb versuchten diese im Sommer 1999 eine zweite Runde. Diesmal verlegten sie sich zunächst auf bewaffnete Einfälle in die benachbarte russische Republik Dagestan. Die russische Armee reagierte unverzüglich mit militärischen Gegenschlägen, die sich bald zu einer Offensive gegen die Basis der Freischärler in Tschetschenien auswuchs. Eine Reihe von Bombenattentaten gegen Wohnblöcke in Moskau und im südlichen Russland wurde – zu Recht oder zu Unrecht – der tschetschenischen Guerrilla angelastet, wodurch die mili-



Angela Merkel, die neue Vorsitzende der Christlich-demokratischen Union Deutschlands und Oppositionsführerin
(Foto: Keystone, Zürich)

tärischen Operationen in Tschetschenien eine patriotische Gloriole in ganz Russland erhielten. Auf dieser Welle vermochte der im August neu eingesetzte Regierungschef Putin grosse Popularität zu gewinnen. Während die Reaktion Russlands auf die tschetschenische Herausforderung verständlich ist, muss die systematische Brutalität, mit welcher in der Folge tschetschenische Städte und Dörfer gnadenlos beschossen und bombardiert worden sind, wegen der unzähligen zivilen Opfer als unentschuldbarer Exzess gebrandmarkt werden. Die internationalen Proteste gipfelten indes lediglich in einem lendenlahmen Tadel am OSZE-Gipfel vom 19. Dezember in Istanbul, wo Jelzin den Tschetschenienkonflikt als eine rein interne Angelegenheit Russlands abzutun vermochte.

Nach erbittertem Widerstand der Freischärler endete die Intervention in Tschetschenien im Frühjahr 2000 mit der Rückgewinnung und Besetzung des aufständischen Territoriums. Putin hat in einem Interview ein aufschlussrei-

ches Schlaglicht auf die strategischen Beweggründe der russischen Gewaltpolitik in Tschetschenien geworfen: «Was ist die heutige Lage im Nordkaukasus? Es ist die Fortsetzung des Zerfalls der UdSSR; und es ist klar, dass man das irgendwann einmal stoppen muss. Eine Zeit lang habe ich gehofft, dass dieses Problem durch das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung demokratischer Strukturen gebremst würde. Aber das Leben und die Praxis haben gezeigt, dass dies nicht der Fall ist.» Diese Worte sind auch ein

deutlicher Fingerzeig darauf, welcher Wind in der Ära des neuen russischen Präsidenten wehen soll; Unklarheit herrscht nur noch darüber, mit welchen Mitteln und nach welchen Prinzipien die Zentralgewalt in Moskau das euroasiatische Riesenreich zur Einheit und zu einer wieder kraftvollen Rolle in der Weltpolitik empor führen will und kann.

Deutschland: Nach dem spektakulären Regierungswechsel von der CDU zu einer Koalition der SPD mit den Grünen blickte man mit etwelcher Spannung auf die innenpolitische Entwicklung. Zu einem Bruch zwischen den beiden unter Bundeskanzler Schröder an der Regierung beteiligten Parteien ist es nicht gekommen. Andererseits sah es zunächst so aus, dass die in den letzten Bundestagswahlen abgewählte CDU/CSU, nunmehr in die Rolle der Opposition gedrängt, sich wieder aufzurappeln vermöge. Aber diese Wendung zum Besseren ist nicht gelungen; ganz im Gegenteil ist die CDU noch einer andersartigen, peinlichen Prüfung unterzogen

worden. Es ist nämlich in der zweiten Hälfte 1999 die belastende Tatsache durchgesickert, dass trotz der durch das deutsche Parteiengesetz geforderten Offenlegung der Parteifinanz von der CDU Millionenbeträge von Spenden verheimlicht worden sind. Davon hat der ehemalige Bundeskanzler Kohl zugestandenmassen Kenntnis gehabt. Weil er den Spendern sein Ehrenwort gegeben hatte, dass deren Identität unbekannt bleibe, weigerte er sich auszusagen, woher diese Gelder stammten. Er hat somit sein persönliches Ehrenwort über seine gesetzliche und verfassungsmässige Pflicht gestellt, was die Affäre zum Skandal machte. Kohls hohes Ansehen als untadeliger, grosser Staatsmann, unter dessen Kanzlerschaft die Wiedervereinigung Deutschlands geglückt ist, wurde dadurch schwer havariert. Am 18. Januar musste Kohl den Ehrenvorsitz seiner Partei abgeben. Sein langjähriger Paladin Schäuble konnte sich zunächst in der Parteiführung halten, obwohl auch er in diese Affäre verwickelt war; er musste aber schliesslich auch die Konsequenzen ziehen und ausscheiden. Am 10. April wurde am CDU-Parteitag in Essen die aus dem Osten stammende Angela Merkel fast einstimmig zur neuen Chefin der Partei gewählt. Die Spendenaffäre mit dem tiefen Fall von Kohl hat erstaunlicherweise den Stamm der CDU-Wähler nicht zum massenhaften Wechsel in ein anderes Parteilager bewogen; das ist etwa in den Landtagswahlen in Hessen und am 27. Februar auch in Schleswig-Holstein zum Ausdruck gekommen. In den letzteren Wahlen hat die CDU bloss 2 % Stimmenverluste erlitten, während der Stimmengewinn der SPD 4 % ausmachte.

Im November war der letzte Staats- und Parteichef der DDR, Egon Krenz, wegen der Todesschüsse an der Mauer zu 6½ Jahren Haft verurteilt worden; die Haft hat er im Januar angetreten. Im Sinne einer andersartigen Aufarbeitung der Vergangenheit ist zu vermelden, dass am 23. März überlebenden, in der Nazizeit ausgenützten Zwangsarbeitern offiziell eine Kompensations- und Sühnezahlung von 10 Mrd. Mark zugestanden worden ist. Diese

Summe wird teilweise vom Bund, teilweise von den damaligen «Arbeitgeber»-Firmen – so noch vorhanden – aufgebracht.

Die gegenwärtige und prognostizierte Wirtschaftslage von Deutschland ist günstig. Aber die Inflation zeigt von 0,7 auf neuerdings 1,4 % steigende Tendenz, und die Arbeitslosigkeit ist vorläufig erst von 11,1 % auf 10,3 % zurückgegangen, während sie im Raum der EU durchschnittlich jetzt 8,8 % beträgt. Die Steuerlasten machen, wie gehabt, auch der Regierung unter Bundeskanzler Schröder Sorgen.

Frankreich: Eigenartigerweise hat das Thema Parteienfinanzierung auch in Frankreich einen Skandal bewirkt. Es ist offenbar geworden, in welchem unerhörten Ausmass die auf Expansion ausgerichteten Geschäftspraktiken der ehemals staatlichen Ölgesellschaft «elf» mit Bestechungsgeldern operiert hat. Unter Mitterrand sind diesem System der Korruption keine Riegel vorgeschoben worden. Einbezogen gewesen zu sein scheint u. a. die von Mitterrand zwischendurch als Premierministerin verwendete Edith Cresson, insbesondere aber der seinerzeitige Aussenminister Roland Dumas mit dessen Maitresse. Ein Gerücht besagt, dass auch bei der Übernahme der Leuna-Werke in Ostdeutschland durch «elf» enorme Schmiergelder bezahlt worden sein sollen, eventuell sogar an die CDU!

Unter dem sozialistischen Premierminister Jospin wird in Frankreich die Arbeitszeitverkürzung auf nunmehr 35 Wochenstunden forciert. Diese ist seit dem 1. Februar in Kraft. Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind noch unklar; aber sozialpolitische Auseinandersetzungen – so etwa Blockaden des Fernlastverkehrs usw. – sind bereits zu signalisieren.

Italien: Mitte Mai 1999 hat Italien einen neuen Staatspräsidenten erhalten; Carlo Azeglio Ciampi ist Nachfolger von Präsident Scalfaro geworden. In den am 17. April abgehaltenen Regionalwahlen kam es zu einem Sieg der rechtsgerichteten Opposition unter dem früheren Premierminister Silvio Berlusconi mit 50,7 % der Stimmen. Nach dieser Schlappe der Mitte-links-Regierung unter dem ehemali-

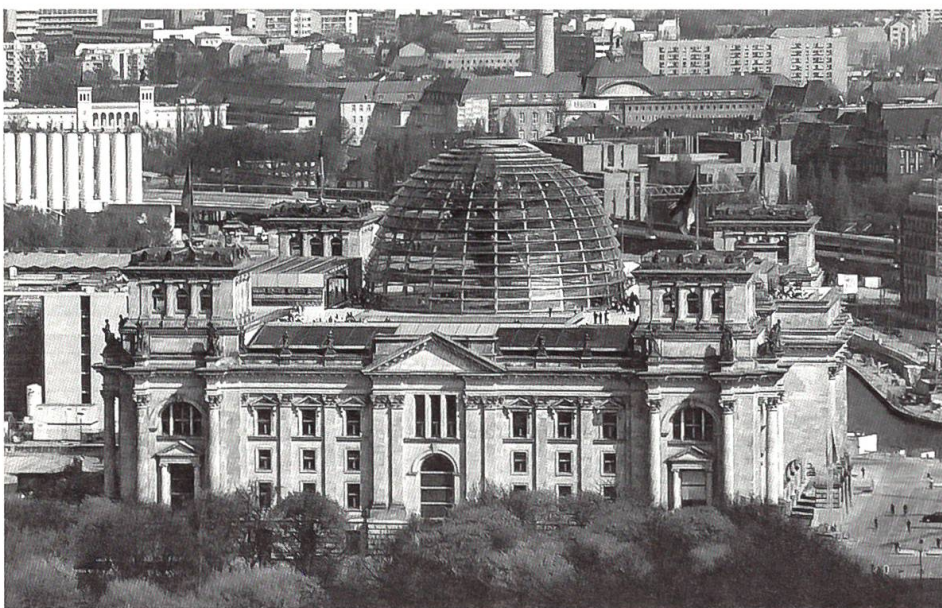
gen Kommunisten D'Alema sah sich dieser zur Demission gezwungen. Danach wurde am 21. April der parteilose bisherige Finanzminister Amato unter Vermeidung von Neuwahlen mit der Regierungsbildung betraut. Diese nunmehr 57. italienische Regierung seit dem Zweiten Weltkrieg ist einmal mehr eine Koalition mehrerer Parteien. Auch die neue Regierung ist wenig sattelfest, hat doch die Abgeordnetenkammer ihr lediglich mit 319 : 298 Stimmen ihren Segen erteilt. Erwähnenswert ist noch das Schicksal des mehrmaligen Ministerpräsidenten Giulio Andreotti, der in eine Anzahl von Strafverfahren gezogen worden war. Von der Anklage der Anstiftung zum Mord an einem Journalisten ist er am 24. September in Perugia, von der Anschuldigung, mit der Mafia zusammengearbeitet zu haben, am 23. Oktober in Palermo nach mehrjähriger Prozessdauer freigesprochen worden.

Österreich: Wahlen in Österreich haben seit der Existenz der zweiten Republik kaum je besondere Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen von Anfang Oktober ist das ausnahmsweise

anders, weil diesmal die Wähler das «ewige Zweigespann» der Sozialdemokraten (SPÖ) und Konservativen (ÖVP) durch die Begünstigung einer dritten Partei gründlich gestört, ja sogar zerstört haben. Die von dem von jeher reichlich unberechenbaren, stark rechtslastigen Jörg Haider, seines Zeichens Landeshauptmann von Kärnten, angeführte FPÖ hat sich plötzlich als zweitstärkste Partei etabliert, woraus sie prompt einen Anspruch auf Beteiligung an der Regierung ableitete. Trotz monatelangen Bemühungen von Bundespräsident Klestil gelang es nicht, SPÖ und ÖVP zur Fortsetzung ihrer langjährigen Partnerschaft in der Regierung zu bewegen: Die Bildung einer Minderheitsregierung unter Bundeskanzler Klima scheiterte. So kam es schliesslich zu einer Koalition zwischen der ÖVP und der FPÖ mit dem bisherigen Aussenminister Schüssel (ÖVP) als neuem Bundeskanzler.

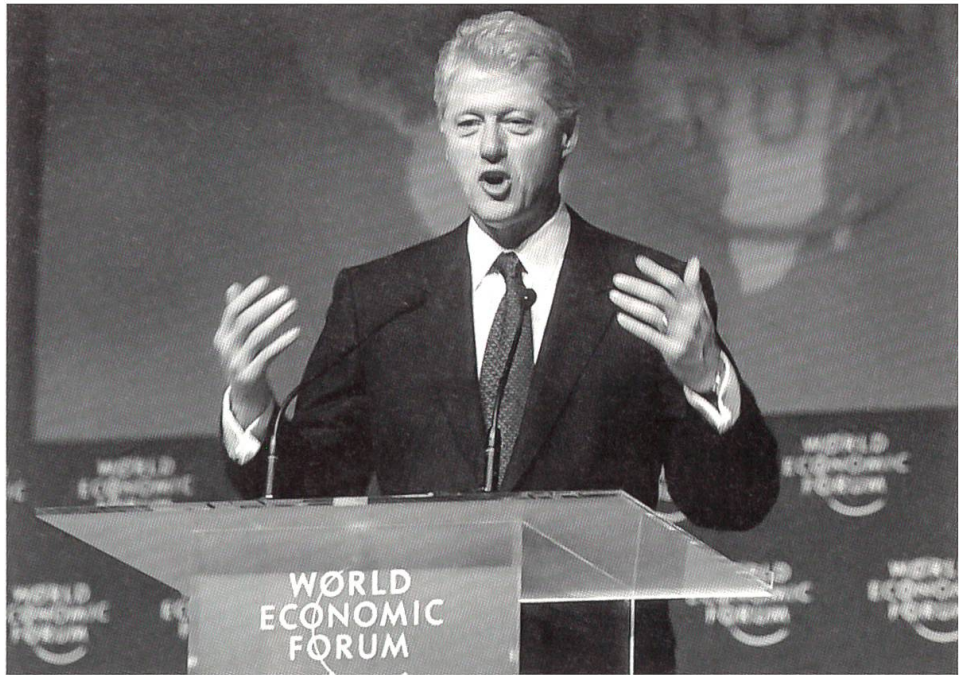
Gegen die Beteiligung der Partei Haider an der Regierung brach alsbald im In- und Ausland ein Sturm der Entrüstung los, welchen Haider selber durch unbedachte Äusserungen über Hitler und die SS noch genährt hatte. Haider verzichtete auf seine persönliche Betei-

ligung an der Regierung und sah sich Ende Februar sogar veranlasst, den Parteivorsitz abzugeben. Aber auch das vermochte den Verdacht nicht auszusräumen, in Österreich zeichne sich eine Rückkehr zum Nationalsozialismus ab. Die Mitgliedstaaten der EU drohten nicht nur mit dem politischen Boykott Österreichs, sondern setzten diesen unfreundlichen Akt der Einmischung in die innenpolitischen Verhältnisse in einem anderen Mitgliedland de facto auch in die Praxis um.



Der erneuerte Reichstag in Berlin, Sitz des Deutschen Bundestages, von einem der Ballone aus gesehen, die den Touristen diesen Anblick ermöglichen (Foto: Keystone, Zürich)

Dadurch ist eine interne Krise in der EU ausgelöst worden, die umso schwerwiegendere Folgen haben kann, als ja seit 1998 Verhandlungen mit sechs Beitrittskandidaten zur EU pendent sind und am 15. Februar erste Verhandlungen mit weiteren sechs Ländern als Kandidaten aufgenommen wurden. Nicht nur die Osterweiterung der EU, sondern auch die noch ambivalente Haltung der Schweiz gegenüber der EU kann durch diese plumpe Brüskierung Österreichs negativ beeinflusst werden!



Der amerikanische Präsident Bill Clinton anlässlich seiner Rede vor dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos
(Foto: Keystone, Zürich)

Die Rezessionsjahre scheinen endgültig der Vergangenheit anzugehören. Der konjunkturelle Aufschwung, der sich in Europa deutlich zu erkennen gibt, erfasst seit dem Beginn des letzten Jahres immer deutlicher die Wirtschaft der Schweiz. Das Bruttoinlandprodukt ist in der zweiten Hälfte 1999 um über 3% gestiegen, und das Wirtschaftswachstum erreichte im Jahresdurchschnitt 1999 bemerkenswerterweise 1,7%. Der vorher darniederliegende private Konsum hat sich erholt und ist mit durchschnittlich 2,2% Zunahme mittlerweile zu einem Grundpfeiler der Binnenkonjunktur geworden. Die Exporte haben 1999 um 4,4% zugenommen, und für das Jahr 2000 wird sogar eine Zunahme um mehr als 7% prognostiziert. Dementsprechend erfahren nunmehr auch die Arbeitslosenzahlen in der Schweiz eine deutliche Reduktion. Sie stellten sich für 1999 noch auf 2,7%, haben aber im Mai 2000 mit nur noch 1,9% einen geradezu sensationell niedrigen Stand erreicht.

Nicht ganz so erfreulich ist das Verhalten des Indexes der Konsumentenpreise. Im Berichtsjahr machten sich nun erste Anzeichen einer zurückkehrenden Inflationsspirale bemerkbar, indem die (seit 1995 nie mehr erreichte) Schwelle von 2% wieder in Sichtweite gekommen ist. Sich deswegen ernsthafte Sorgen zu machen, ist jedoch noch zu früh. Der Hauptfaktor des Teuerungsschubes ist nämlich die Verdoppelung des Heizölpreises auf dem Weltmarkt, welche alle Verbraucherländer in Mitleidenschaft zieht. Sinken die Ölpreise und erholt sich gleichzeitig der Kurs des Schweizerfrankens im Verhältnis zum Dollar von der gegenwärtigen Baisse, so darf eine spürbare Dämpfung des inflationären Auftriebs erwartet werden. Allerdings scheint die Ära sehr niedriger Zinsen auch in der Schweiz zu Ende zu gehen, was höhere Hypothekenzinsen und höhere Mietpreise zur Folge hat. Auch ist im Verein mit wieder höheren Lohnforderungen, gebündelt von den Gewerkschaften, mit einem gewissen lohnkostenbedingten Preisauftrieb zu rechnen.

Auf der politischen Ebene waren die am 23./24. Oktober abgehaltenen eidgenössischen Parlamentswahlen das bedeutsamste Ereignis. Zumeist sind die Sitzverschiebungen, die aus diesen Wahlen hervorgehen, nur gering. Das war diesmal nicht der Fall. Während es im Ständerat nur vereinzelte Sitzverluste und -gewinne absetzte, kam es im Nationalrat zu einem gewissen parteipolitischen Erdbeben, indem die SVP einen unerwartet grossen Sitzgewinn zu erzielen vermochte (+ 15). Mit ihren in der neuen Legislatur nunmehr 44 Sitzen avancierte sie dank ihrem Wahlsieg zur zweitstärksten Partei in der Grossen Kammer. Allerdings büsste die SP (51) nur drei Sitze ein, die FDP (43) nur deren zwei, während die CVP mit ein wenig Glück sogar noch einen Sitz zulegen konnte.

Aber das Verhältnis der Parteistärken ist dennoch derart verändert worden, dass vor allem im bürgerlichen Lager Gewichtsverlagerungen zu erwarten sind. Insbesondere wird sich über kurz oder lang die Frage stellen, ob die Verteilung der Bundesratssitze nach der Formel 2 : 2 : 2 : 1 im Rahmen der seit den Fünfzigerjahren beobachteten Konkordanz in der Parteienverteilung noch zu halten sein wird. Der sensationelle Vormarsch der SVP ging allerdings zur Hauptsache auf Kosten der kleinen Parteien ohne Vertretung in der Landesregierung. Die FPS hat auf einen Schlag alle ihre bisherigen sieben Sitze verloren, der Landesring löste sich in der Folge kurzerhand auf. Es handelt sich also vor allem um einen Trend zu den grossen Parteien, von welchem die SVP vor allem stark profitiert hat. Es ist unzweifelhaft, dass der spektakuläre Erfolg der SVP in diesen Wahlen einer einzigen dynamischen Persönlichkeit zuzuschreiben ist: Christoph Blocher. Dieser hat es mit seinem zugriffigen, hemdsärmeligen Stil wie kein anderer Politiker verstanden, einfachste politische Parolen eines nationalen Konservatismus in der Sprache des Volkes zu dozieren und mit Provokationen für ständige Bewegung zu sorgen. Nicht geschadet hat ihm, dass er in vielen seiner politischen Vorstösse und Aktionen in der Bundespolitik nur ausnahmsweise die



Das Amt des Bundeskanzlers unseres Landes ging erstmals an eine Frau: Annemarie Huber-Hotz
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

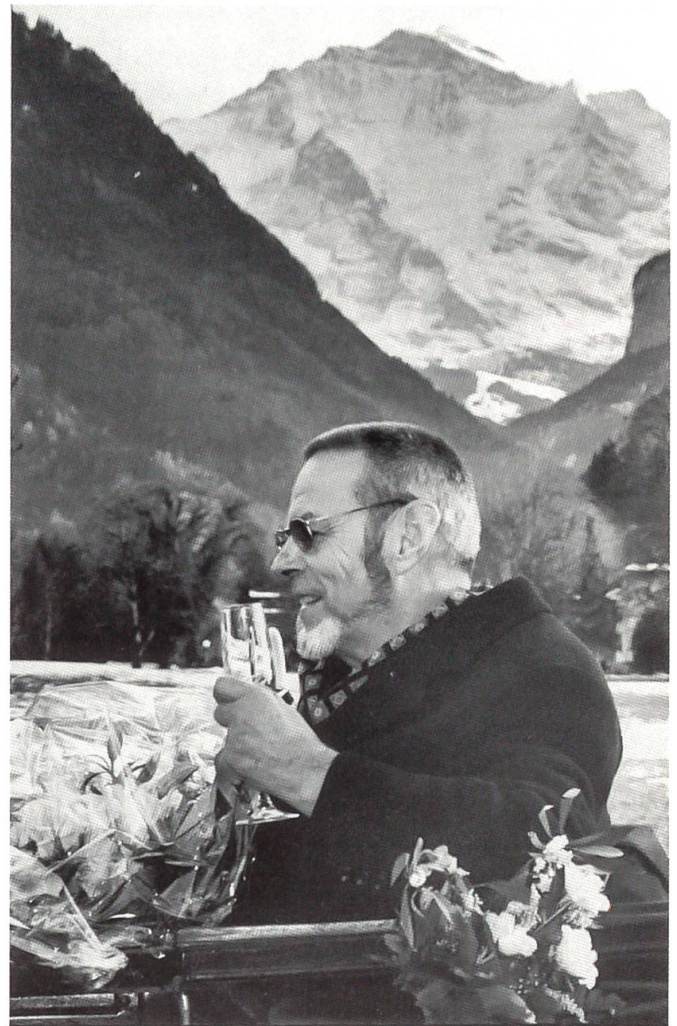
Mehrheit hinter seine Politik zu scharen vermochte. Auch hat er durch einen arroganten Aktivismus eine Spaltung der eigenen Partei riskiert. Seine Eigenwilligkeit eindeutig überspannt hat er mit seiner selbst angestrebten Kandidatur für den Bundesrat im Dezember, die ihm nur knapp mehr als die Stimmen der eigenen Parteigenossen eingebracht hat. Kopfschütteln erregt hat auch ein unbesonnener polemischer Angriff auf die Sozialisten, denen er Gemeinsamkeit mit den Faschisten in Zielen und Mitteln vorzuwerfen versuchte. Mit dem im Dezember zum Bundespräsidenten gewählten Adolf Ogi kündigt sich insofern ein

unlösbarer Konflikt an, als dieser dank dem Triumph des Zürcher Flügels (Blocher) den Rückhalt in seiner Partei nun verloren hat.

Im Berichtsjahr kam es zu einer Reihe von eidg. Volksabstimmungen von unterschiedlicher Tragweite. Am 13. Juni lehnte das Volk mit einem Stimmenmehr von 61 Prozent die Vorlage zur Einführung der Mutterschaftsversicherung ab, wobei die welsche Schweiz und das Tessin unterlagen. Hingegen fanden Vorlagen zu einem neuen Asylgesetz, zur Bekämpfung von Missbräuchen im Ausländerrecht sowie eine Vorlage zu kontrollierter Heroinabgabe Zustimmung. Am 12. März wurde eine Initiative zur Beschleunigung der direkten Demokratie mit 71,6% Nein verworfen, die Fortpflanzungsinitiative ebenso mit 69,8% Nein, eine Initiative auf Halbierung des Verkehrs mit 78,5% Nein und die Einführung von Frauenquoten sogar mit 81,8% Nein. Nur die Justizreform fand Gnade beim Souverän; sie wurde mit 86,4% Ja angenommen. Mit allergrösster Spannung erwartet wurde der Ausgang der Volksabstimmung vom 21. Mai 2000, mit welcher der Abschluss eines Pakets von sieben wichtige Bereiche umfassenden Verträgen über die Zusammenarbeit der Schweiz mit der EU vom Souverän sanktioniert werden sollte. Da einige der Vorteile dieser Verträge mit gewissen Nachteilen verbunden waren, kam es zu teils geharnischten Auseinandersetzungen der Befürworter mit den Gegnern. Der geschlossene Bundesrat stellte sich in der Kampagne klar und mit Überzeugung hinter diese Verträge, wobei diesmal – im Gegensatz zur Volksabstimmung über den EWR – die Frage eines eventuell späteren Beitritts zur EU ausdrücklich ausgeklammert wurde. Da die EU auf einem Junktum zwischen allen sieben ausgehandelten Verträgen bestand, konnte nicht zu jedem einzelnen der bilateralen Abkommen vom Souverän Stellung bezogen werden, sondern nur zum gesamten Paket. Dennoch war das Resultat über jeden Zweifel erhaben: 67,2% aller Stimmenden sagten Ja. Nur die Kantone Tessin und Schwyz erbrachten ablehnende Standesstimmen. Mit mehr als Zweidrittelmehr stimmten die westschweizeri-

schen Kantone Genf, Waadt, Neuenburg und Jura zu. Auch die deutschsprachige Schweiz wies zum Teil sehr deutliche Ja-Mehrheiten auf, diese waren allerdings in einigen Inner-schweizer Kantonen eher knapp.

Von Jahr zu Jahr grössere Bedeutung wird dem in Davos veranstalteten Weltwirtschaftsforum zugemessen. Bundespräsident Ogi eröffnete am 27. Januar dieses internationale Treffen von Politikern, Unternehmern und Wirtschaftsfachleuten so: «Eine Gesellschaft kann und darf sich nicht nur wirtschaftlich entwickeln. Sie muss sich gleichzeitig auch in der Wechselwirkung mit der Wirtschaft auf



Der Nationalratspräsident des Jahres 2000, Hanspeter Seiler, an der Feier zu seiner Wahl in Interlaken
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

allen anderen Gebieten entwickeln – politisch, sozial und kulturell.» Die Wirtschaft müsse inskünftig global – nicht mehr national – wirken und globale Regeln festlegen. Als Redner anwesend waren auch Präsident Clinton und der britische Premier Tony Blair. Trotz eines Demonstrationsverbotes der Bündner Polizei kam es – allerdings weniger tumultuös als in Seattle – auch in Davos zu ärgerlichen Demonstrationen gegen die Globalisierung und die Welthandelsorganisation mit Parolen zu Gunsten der Gerechtigkeit der Wohlstandsverteilung in der Welt, weil die technologi-

schen Umwälzungen die Ungleichheit laufend noch verstärkten.

Im Berichtsjahr war wiederum eine grosse Zahl von ausländischen Besuchen in Bern zu vermerken, darunter aber nur ein offizieller Staatsbesuch, diesmal dem deutschen Bundespräsidenten Johannes Rau vorbehalten. Der deutsche Staatschef war während drei Tagen Gast des Bundesrats und besuchte auf seinen eigenen Wunsch je an einem Tag den Kanton Jura und den Kanton Tessin. Er zeigte sich beeindruckt vom schweizerischen Föderalismus in der Praxis und hatte Verständnis für die zögerliche Haltung der Schweiz gegenüber der EU.

Im Kanton Bern musste im letzten Jahr über einen katastrophalen «Jahrhundertwinter» und über massive Überschwemmungen berichtet werden. Kaum hatten die Forstfachleute die Bilanz von 300 zerstörerischen Lawinen mit 250 ha umgelegten Gebirgswald die Schadensbilanz erstellt, da fegte am Stephanstag 1999 ein Orkan mit einer Spitzengeschwindigkeit von über 200 km/h über weite Gebiete des Kantons hinweg. Dem «Lothar» benannten Sturm fielen ganze Waldteile zum Opfer; umgestürzte Bäume blockierten den Bahn- und Strassenverkehr während Tagen, und ganze Bergtäler wurden von der Umwelt abgeschnitten. Abgelegene Ortschaften blieben während Tagen ohne elektrischen Strom und Telefonverbindungen. Leider waren auch Todesopfer zu beklagen. Der Stromausfall legte während 10 Stunden die Sicherheitsanlage der Strafanstalt Thorberg lahm, was vier Häftlinge nutzten, um die Flucht zu ergreifen. Um die Verluste der Waldbesitzer tragbar zu machen, bewilligte der Grosse Rat einen Kredit von 81,2 Mio Franken. Der Bund steuert an die von den Kantonen angeordneten Massnahmen rund die Hälfte bei.

Nach acht Sparpaketen ist der Staatshaushalt des Kantons Bern mit Ausgaben und Einnahmen endlich wieder im Gleichgewicht. Der Rechnungsabschluss von 1998 wies einen kleinen Überschuss von 22 Mio. aus, während



Anita Weyermann, die Siegerin des europäischen Frauen-Cross-Country über 4950 Meter (Foto: Keystone, Zürich)

das Budget ein Defizit von 181 Mio. vorgesehen hatte. Auch für 1999 konnte ein Überschuss von 19,8 Mio. erwirtschaftet werden. Bei einem Bilanzdefizit von insgesamt 4 Mrd. Franken ist es allerdings noch verfrüht, von gesunden Kantonsfinanzen zu reden.

Am 21. Mai 2000 hatte das Volk über ein neues Steuergesetz mit nunmehr jährlicher Veranlagung und für natürliche Personen günstigeren Steuertarifen abzustimmen. Ein Haupt- und ein Eventualantrag standen zur Wahl. Weil ab 2001 Steuersenkungen angeboten worden sind, wurden beide Anträge angenommen. Die bei einem doppelten Ja entscheidende Stichfrage entschied das Volk zu Gunsten der Hauptvariante, die für die mittleren und höheren Einkommen Entlastungen bringen wird.

Aus Spargründen wurden auf Ende 1999 im Kanton Bern 185 Zivilstandsämter geschlossen, dafür aber gleichzeitig 24 neu eröffnet. Die verschiedenen Sparrunden des Kantons seit 1993 haben auch sein Personal betroffen: Offenbar um dessen Unmut über Reallohneinbussen zu dämpfen, hat der Regierungsrat beschlossen, eine Gehaltserhöhung von 1% – statt, wie ursprünglich beabsichtigt, um nur 0,5% – zu gewähren. Das Bundesgericht hat eine Beschwerde des Bernischen Lehrervereins geschützt, was zur Folge hat, dass der Kanton rund 25 Mio., die bernischen Gemeinden 26 Mio. für die Jahre 1998 und 1999 rückwirkend auszubezahlen haben. Der seinerzeitige Beschluss des Regierungsrats, die ordentliche Gehaltserhöhung vorläufig zu sistieren, war widerrechtlich erfolgt.



Endlich konnte sie durchgeführt werden, die 30-stündige Livesendung des Schweizer Fernsehens DRS mit dem Aufstieg von Eveline Binsack, Ralf Djmovits, Hansruedi Gertsch und Stefan Sigrist durch die Eigernordwand. (Foto: Keystone, Zürich)

Einigen Wirbel löste die Absicht des Regierungsrats aus, das Lehrlingsturnen abzuschaffen, sowie auch der Beschluss, die Schuldauer in der Maturitätsabteilung an den Gymnasien um ein Jahr zu kürzen, was eine Streichung von 60 Schulklassen nach sich zieht. Wenig Freude haben im Kanton auch die verschiedenen Schliessungen von bisher öffentlich subventionierten Bezirksspitalern hervorgerufen – so zum Beispiel Herzogenbuchsee, Jegenstorf, Sumiswald, Grosshöchstetten und Wattenwil. Die Berner Kantonalbank verkauft an ihre Kunden 400 000 Aktien zu einem Discount-Preis von Fr. 110.–, obwohl der Börsenkurs Anfang Mai 2000 bei 137.– Fr. stand – ein schönes Geschenk!

Für das Parlamentsjahr 2000/2001 wurde zum ersten Mal das Präsidium des Grossen Rats der Grünen Freien Liste anvertraut, indem Marianne Keller-Beutler diese Ehre zuteil wurde. Auch der Vorsitz in der Regierung fiel an eine Frau: Vom 1. Juni an wirkt Dora Andres (FDP), Polizei-, und Militärdirektorin, als Regierungspräsidentin, während



Die Vizeweltmeisterinnen im Damencurling: Bern AAM

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektor Werner Luginbühl zum Vizepräsidenten erkoren wurde. Das Projekt eines Zusammenschlusses der «Bödeligemeinden» Matten, Unterseen und Interlaken zu einer einheitlichen, grösseren Gemeinde wird nicht weiter verfolgt. In diesem Thema gewidmeten Gemeindeversammlungen lehnten die Stimmbürger der beiden ersten Gemeinden die Weiterverfolgung des Projekts, im Gegensatz zu Interlaken, deutlich ab. Die Gemeinde Matten macht auch sonst von sich reden. Erich von Däniken und seine Mitinitianten haben für den von ihnen auf dem Boden dieser Gemeinde geplanten, 70 000 Quadratmeter in Anspruch nehmenden «Mystery-Park» ein Baugesuch eingereicht.

1999 war ein Wahljahr. In den Nationalrat konnte der Kanton Bern 27 Nationalräte abordnen, wegen des Kantonsübertritts des Laufentals an Baselland seit 1995 zwei weniger als 1991. SP und SVP errangen je acht Sitze wie bisher, die FDP deren fünf, einen mehr als 1991 und 1995, die Grünen zwei Sitze wie zuvor. Während die Freiheitspartei (FPS) keinen Berner Vertreter im Nationalrat mehr hat, vermochten SD, EDU, CVP und EVP ihren je einzigen Sitz zu halten. In den Ständeratswahlen warteten die beiden bür-

gerlichen Kandidaten Christine Beerli (FDP) und Samuel Schmid (SVP) mit Glanzresultaten auf; Rosmarie Bär (Grüne) und Simonetta Sommaruga (SP) blieben chancenlos.

Im Medienbereich schreitet die Konzentration durch die Fusion von drei Presseorganen im Kanton entscheidend voran, indem die «Berner Zeitung», das «Thuner Tagblatt» und der in Spiez beheimatete «Berner Oberländer» im Raum

Thun und Oberland zu einer einzigen Zeitung (mit zwei Namen und zwei regionalen Ausgaben) verschmolzen werden; das Interlakner «Volksblatt» verschwindet. Das Einheitskonzept der Medien in diesem Kantonsteil hat als Rationalisierungseffekt den Verlust von rund 70 Arbeitsstellen zur Folge.

Die *Stadt Bern* verzeichnet auch im Jahr 1999 wiederum ein Haushaltsdefizit. Mit einem Fehlbetrag von diesmal 46,1 Mio. steigt die Summe der Verluste der letzten Jahre nunmehr auf 371 Mio. an. Die Erhöhung des Steuersatzes durch die rot-grüne Mehrheitsregierung hat somit keinen Ausgleich herbeigebracht.

WETTBEWERB

Gleich klingende Ortschaftsnamen

Ittigen, der Berner Vorort, hat in der übrigen Schweiz gleich zwei Namensverwandte: **Ittingen** im Baselbiet mit einem der bemerkenswertesten Ortsbilder dieses Kantons und die thurgauische Klostersiedlung bei Frauenfeld, **Ittingen**, die heute der Öffentlichkeit zugänglich ist.

Siehe Wettbewerbsfragen auf Seite 131

Zum Budget 2000 konnte das Volk erst am 21. Mai 2000 Stellung nehmen. Statthalter und Kanton hatten zuvor ein vorgelegtes Budget aus rechtlichen Gründen für ungültig und für eine Volksabstimmung nicht zulässig erklärt. Die neue Vorlage mit einer erneuten Steuererhöhung (von 2,3 auf 2,4 Steuerzehntel) ist aber mit 14 285 Ja gegen 20 741 Nein verworfen worden. Keine Opposition entstand dem gleichzeitig zur Abstimmung gelangenden Kredit für den Ersatz und die Sanierung der GWB-Grauguss-Leitungen aus Sicherheitsgründen; ebenso wurde dem neuen Gebührenreglement zugestimmt.

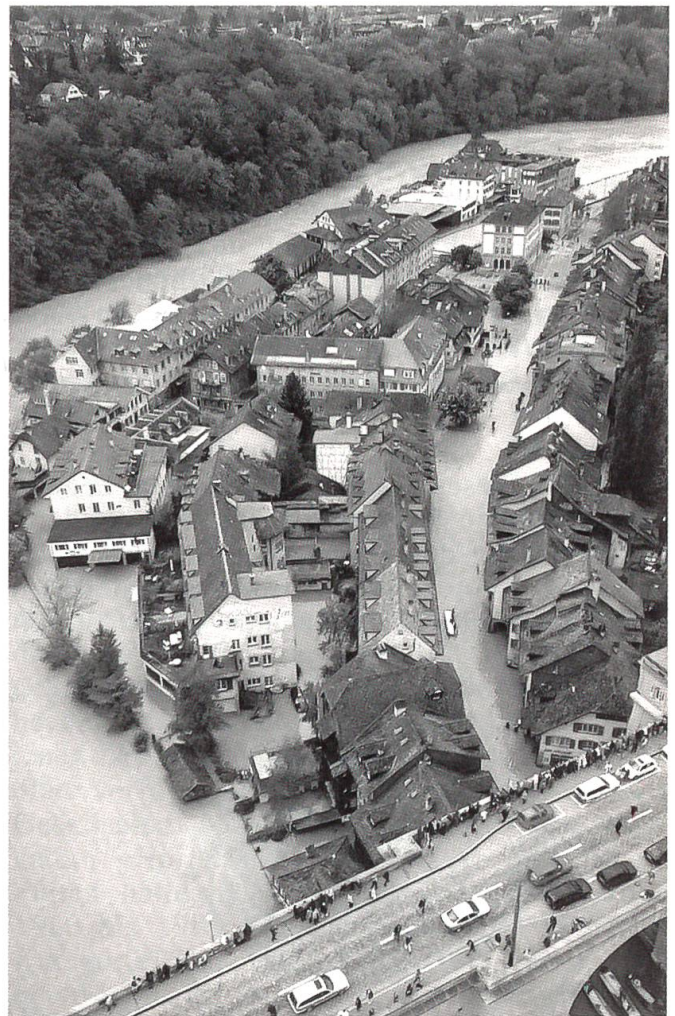
Die Initiative «Reitschule für alle», von bürgerlicher Seite eingebracht, wurde seinerzeit vom rot-grünen Gemeinderat der Stadt Bern als materiell ungültig erklärt. Der Regierungsrat hat die Beschwerde der Initianten aber gutgeheissen, sodass die Initiative dennoch zur Abstimmung gebracht werden muss. Die Beziehungen zwischen Stadtregierung und kantonalen Behörden waren während Monaten stark getrübt. Es handelte sich namentlich um finanzpolitische Meinungsverschiedenheiten, so in Bezug auf den Kaufpreis für die Gymnasien, die vom Kanton beabsichtigte Schliessung des Botanischen Gartens, um Vorwürfe des kantonalen Gemeindeamtes an die Stadt sowie um das Budget 2000 der Stadt. Es kam auch zu Auseinandersetzungen zwischen dem Polizeidirektor der Stadt, Wasserfallen, und Regierungsrätin Andres wegen der einseitigen Kündigung des Vertrags über die Delegation gerichtspolizeilicher Aufgaben an die Stadt.

Der Tierpark Dählhölzli wird gegen die Gefährdung durch Hochwasser inskünftig besser geschützt sein. Die Uferzone der Aare wird mit einem Aufwand von 2,5 Mio. so verändert, dass dem Flusslauf mehr Raum gegeben wird, um in die neue Naturlandschaft einzudringen. Auch im Bereich des Pressewesens der Stadt war der Konzentrationsprozess spürbar: Die Gratiszeitung «Berner Bär» ist von der Berner Tagblatt-Mediengruppe (BTM) übernommen worden. Gerüchteweise verlautet, dass in absehbarer Zeit eine weitere Zusammenlegung zwischen den Amtlichen

Anzeigern und privaten Gratiszeitungen erfolgen könnte.

Eine grosszügige Schenkung des Ehepaars Maurice E. und Martha Müller von 6,5 ha Land und einem Betrag von 40 Mio. Franken ermöglicht den Bau des Paul-Klee-Museums in der Siedlung Schöngrün am Berner Ostring. Es werden dort bis zu rund 4000 Werke von Klee ausgestellt werden können. In der neu gegründeten einschlägigen Stiftung werden die Familien Müller und Klee, die Stadt Bern, der Kanton, die Burgergemeinde und das Kunstmuseum Einsitz nehmen.

Hans Rudolf Böckli



Das Jahrhunderthochwasser im Berner Mattequartier
(Foto: Keystone, Zürich)